

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Kay Gottschalk, Jörn König, Stefan Keuter, Franziska Gminder und der Fraktion der AfD  
– Drucksache 19/19378 –**

### **Währungsreform in Deutschland**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Am 29. April 2020 berichtete „tagesschau.de“: „Gastronomie, Industrie oder Tourismus – die Corona-Pandemie schadet der Wirtschaft. Die Bundesregierung rechnet für 2020 mit einem BIP-Rückgang [BPI = Bruttoinlandsprodukt] um 6,3 Prozent“ (<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/altmaier-corona-rezession-101.html>). Die Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung des COVID-19-Virus schlagen nach Auffassung der Fragesteller nun doch, entgegen vormaliger Jobgarantien seitens des Bundesministers für Wirtschaft und Energie Peter Altmaier (vgl. <https://www.welt.de/wirtschaft/article206606221/Coronavirus-Die-unrealistische-Jobgarantie-der-Regierung.html>) voll auf die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands durch.

Nichtsdestotrotz bleibt die „Bundeskanzlerin [Dr. ] Angela Merkel [...] beim EU-Gipfel bei ihrem klaren Nein zu einer Vergemeinschaftung von Schulden in der EU“, berichtet der „Merkur“ am 23. April 2020 (<https://www.merkur.de/politik/corona-bonds-merkel-merz-italien-deutschland-eurobonds-krise-pandemie-coronavirus-conte-zr-13640500.html>).

In diesem Zusammenhang fürchtet der „Chef der Unternehmensberatung Roland Berger, Stefan Schaible, [...] um die Zukunft des Euros nach der Corona-Krise. Eine Einführung der umstrittenen Eurobonds sei unumgänglich“ ([https://www.focus.de/finanzen/boerse/devisen/wuerden-in-finanzwelt-eine-staerkere-rolle-spielen-roland-berger-boss-mit-eurobonds-kann-europa-die-vorherrschaft-des-dollars-brechen\\_id\\_11928835.html](https://www.focus.de/finanzen/boerse/devisen/wuerden-in-finanzwelt-eine-staerkere-rolle-spielen-roland-berger-boss-mit-eurobonds-kann-europa-die-vorherrschaft-des-dollars-brechen_id_11928835.html)).

Die Zeiten, wo man aufgrund des Wechselkurses noch für 1 Euro knapp 1,60 Dollar bekommen hat, wie zuletzt im Juli 2008, sind schon lange vorbei. Seitdem verzeichnet der Euro im Verhältnis zum Dollar einen Abwärtstrend, bis zum Stand vom 30. April 2020 bei knapp 1,09 Dollar für 1 Euro (<https://www.finanzen.net/devisen/dollarkurs>, dort „Max“).

„Seit der Finanzkrise wissen wir, dass der Euro nur bei schönem Wetter funktioniert“, erklärt Prof. Mayer im Gespräch mit der am Dienstag erscheinenden Ausgabe des Meinungsmagazins Tichys Einblick. „Jetzt herrscht wieder schlechtes Wetter.“ Eine Einheitswährung passe nicht zur Krisenbewältigung so unterschiedlicher Staaten. „Nationalstaaten können die EZB zwingen, sie mit neu geschaffenen Geld zu versorgen, aber die Kosten dieser Aktion in Form von höherer Inflation zu einer späteren Zeit trägt die Gemeinschaft. Diese fehlerhafte Anreizstruktur ist die Achillesferse des Euro.“ (14. April 2020: <https://www.tichyseinblick.de/daili-es-entials/oekonom-mayer-politiker-muessen-ueber-waehrungsreform-nachdenken/>).

Schon im Jahr 2010 hieß es im Interview mit Thilo Sarrazin beim „manager-magazin.de“: „Als Referatsleiter im Finanzministerium hat Thilo Sarrazin 1990 die deutsch-deutsche Währungsunion in vier Tagen ausgearbeitet. Im Gespräch mit manager magazin erklärt der [damalige] Bundesbank-Vorstand, warum die Währungshüter damals nicht viel zu sagen hatten – und die Bundesrepublik in der Euro-Krise nicht wieder so generös sein darf.“ (<https://www.manager-magazin.de/politik/artikel/a-703860.html>).

1. Welche Konsequenzen für ihr eigenes Handeln sieht die Bundesregierung mit Blick auf die Stabilität des Euros infolge der Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung des Coronavirus?
2. Welche konkreten Maßnahmen ergeben sich für die Bundesregierung, um den Euro als Einheitswährung zu erhalten?

Die Fragen 1 und 2 werden zusammen beantwortet.

Die Bundesregierung hat in Reaktion auf die außergewöhnliche Krisensituation infolge der COVID19-Pandemie zusammen mit den europäischen Partnern zahlreiche Maßnahmen beschlossen, welche die negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft, Beschäftigung und sozialen Lebensbedingungen abmildern und zugleich die Voraussetzungen für einen nachhaltigen Aufschwung nach Überwindung der Pandemie schaffen. So beinhaltet die gemeinsame europäische Antwort eine Einigung zu dem Pandemic Crisis Support des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), zu einem paneuropäischen COVID19-Garantiefonds der Europäischen Investitionsbank (EIB) und zu dem Europäischen Instrument zur vorübergehenden Unterstützung bei der Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken in einer Notlage (SURE). Mit der Aktivierung der allgemeinen Ausweichklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) können die Mitgliedsstaaten zudem vorübergehend von den normalen haushaltspolitischen Anforderungen im europäischen fiskalpolitischen Rahmen abweichen und so die notwendigen Maßnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie ergreifen. Neben den europäischen Instrumenten wurden umfangreiche nationale Programme, etwa zum Kurzarbeitergeld aufgelegt. Dies ist wichtig, damit kein dauerhafter Schaden für die Volkswirtschaften und damit neue Risiken für die mittelfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen entstehen. Die beschlossenen europäischen und nationalen Maßnahmen tragen damit erheblich zu einer Stabilisierung der Volkswirtschaften in der Währungsunion bei und sichern damit auch die Stabilität des Euroraumes ab.

3. Hat die Bundesregierung Notfallpläne, um eine schnelle Währungsreform, beispielsweise durch Wiedereinführung einer Deutschen Mark, zu gewährleisten?
  - a) Wenn ja, wie sieht dieser Notfallplan konkret aus?
  - b) Wenn nein, wieso sieht die Bundesregierung keine Notwendigkeit in einer solchen Notfallplanung?
  - c) Welche Vor- und Nachteile sieht die Bundesregierung in einer Währungsreform zurück zu einer eigenen nationalen Währung?

Nein. Die Bundesregierung stellt keinerlei Überlegungen bezüglich einer Währungsreform an.

4. Welche Schlussfolgerung ergibt sich für die Bundesregierung aus der oben benannten Aussage (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller) Prof. Mayers, „Nationalstaaten können die EZB zwingen, sie mit neu geschaffenen Geld zu versorgen, aber die Kosten dieser Aktion in Form von höherer Inflation zu einer späteren Zeit trägt die Gemeinschaft. Diese fehlerhafte Anreizstruktur ist die Achillesferse des Euro“?

Die Bundesregierung teilt nicht die Auffassung von Prof. Mayer und verweist auf die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank gemäß Artikel 130 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

